

Ersteht  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag).  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark.  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

# Wochenblatt

Ersteht  
wöchentlich 2 Mal  
(Dienstag und Freitag).  
Abonnementspreis  
vierteljährlich 1 Mark  
Eine einzelne Nummer  
kostet 10 Pf.  
Inseratenannahme  
Montags u. Donnerstags  
bis Mittag 12 Uhr.

für  
**Wilsdruff, Tharandt,**

**Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.**

**Amtsblatt**

für die Königl. Amtshauptmannschaft zu Meissen, das Königl. Gerichtsamt und den Stadtrath zu Wilsdruff.  
**Neununddreißigster Jahrgang.**

**Nr. 54.**

**Freitag, den 11. Juli**

**1879.**

## Bekanntmachung,

### die Anmeldung zum einjährig-freiwilligen Militärdienst betr.

Bei der unterzeichneten Königlichen Prüfungs-Commission werden in Gemäßheit der Bestimmung in § 91 der Erfass-Ordnung vom 28. September 1875 im Laufe des Monats September dieses Jahres die diesjährigen Herbstprüfungen über die wissenschaftliche Befähigung für den einjährig-freiwilligen Militärdienst abgehalten werden.

Junge Leute, welche das 17. Lebensjahr vollendet haben und im Bezirke der unterzeichneten Königlichen Prüfungs-Commission nach den §§ 23 und 24 der Erfass-Ordnung gestellungspflichtig sind, haben ihr Gesuch um Zulassung zu der bevorstehenden Prüfung an die unterzeichnete Stelle spätestens

**bis zum 1. August dieses Jahres**

**Schriftlich** gelangen zu lassen.

Nach diesem Termine eingehende Zulassungs-Gesuche können nach § 91 der Erfass-Ordnung Berücksichtigung nicht mehr finden.

Dem mit genauer Wohnungsangabe zu versiehenden Gesuche um Zulassung zur Prüfung sind beizufügen:

- 1., ein den Vorschriften in § 89, sub b der Erfass-Ordnung entsprechendes Einwilligungssattest des Vaters oder Vormundes,
- 2., ein Geburtszeugniß und
- 3., ein Unbescholtenheitszeugniß, welches für Zöglinge von höheren Schulen (Gymnasien, Realschule, Progymnasien und höheren Bürgerschulen) durch den Director der Lehranstalt, für alle übrigen jungen Leute durch die Polizeibehörde oder ihre vorgeordnete Dienstbehörde auszustellen ist.

Diese Papiere sind im Originale einzureichen.

In dem Zulassungsgesuche ist gleichzeitig mit anzugeben, in welchen zwei von den fremden Sprachen (der lateinischen, griechischen, französischen und englischen) der sich Meldende geprüft zu werden wünscht. Auch hat derselbe einen selbstgeschriebenen Lebenslauf beizufügen.

An die zu der Prüfung zuzulassenden Aspiranten wird rechtzeitig schriftliche Vorladung ergehen.

Im Uebrigen wird bezüglich des Umfangs der Prüfung und der an die Examinanden zu stellenden Ansprüche auf den Inhalt der der Erfass-Ordnung als Anlage 2 zu § 91 beigefügten Prüfungs-Ordnung zum einjährig-freiwilligen Dienst hingewiesen.

Dresden, den 1. Juli 1879.

**Königliche Prüfungs-Commission für Einjährig-Freiwillige.**

**von Horttmann, Regierungsrath.**

**Freiherr von Mansberg, Major.**

## Tagesgeschichte.

Der Reichstag eilt sichtlich seinem Ende zu, daß am 12. Juli zu erwarten steht. In der Tarif-Commission und im vollen Reichstage wird fast nur noch über die Zölle abgestimmt und wenig mehr verhandelt. Die Zölle, über die am meisten noch verhandelt wurde, betreffen Petroleum und Kaffee. Bezüglich des Kaffees sprechen Wenda und Richter-Hagen gegen Zollerhöhung, weil sie den Kaffee als das beste Concurrenzmittel gegen den Branntwein betrachten. Bei namentlicher Abstimmung wird der Kaffeezoll mit 174 gegen 97 Stimmen zu 40 Mark pro 100 Klg. angenommen. Auch Salz, Thee und Zucker werden nach den Anträgen der Commission angenommen. Gegen den Petroleumzoll (6 Mark) erklären sich Laster und Richter, weil er hauptsächlich die unteren Volksklassen belaste. Die Landeskommission erklären den betreffenden Zoll für unbedingt nöthig zur Durchführung der ganzen Steuerreform. Schließlich wird der Petroleumzoll in namentlicher Abstimmung mit 171 gegen 92 Stimmen angenommen.

Die große nationalliberale Partei hat in einer letzten 5-stündigen Berathung eine entschiedene Stellung angenommen. Der Vorstand der Partei wurde beauftragt, einen Gegenantrag zu dem bekannten Antrag Franckenstein als letztes Wort zu entwerfen. Wenn dieser Gegenantrag vom Reichstag und Bismarck abgelehnt wird, so will die ganze Partei in dritter Lesung gegen den ganzen Zolltarif stimmen. Nur 9-12 Mitglieder, unter ihnen Bölk und Treitschke, werden den Zolltarif annehmen und aus der Partei austreten.

Die Verhandlungen in der Zolltarif-Commission sind zu Ende. Das Centrum, welches in die gegenwärtige Reichstagsession mit so hochtönenden Worten eintrat und die Bewilligung von Finanzzöllen entkräftet von sich wies, findet sich jetzt bereit, dieselben in einer Höhe zu bewilligen, die auch den Conservativen genügt. Zahlreich haben die Ultramontanen die Nationalliberalen des Compromißschließens wegen verhöhnt und jetzt entwickelt sie selbst darin eine Fertigkeit, die weder für den Reichstanzler, noch für die Conservativen etwas zu wünschen übrig läßt. Der Tabak wird mit 85 resp. 45 M. verzollt und versteuert, der Kaffee mit 40 M. (um ganze 2 M. für 100 Klg. hat das Centrum die Regierungsvorlage herabgesetzt!), das Petroleum mit 6 M. Darum also hat man die wüthendsten Declamationen losgelassen gegen die Liberalen, welche diese Zölle ebenfalls zu bewilligen bereit waren, um nun selbst alles zu bewilligen, noch obendrein mit Darangabe der von den Liberalen geforderten constitutionellen Garantien. Das bisherige Jögern des Centrums war lediglich ein Herumspielen, welches offenbar nur dazu dienen sollte, den Schein ernstlicher Verhandlungen in der Commission hervorzurufen, während zwischen den vertraulichen Unterhändlern in der Hauptsache noch nicht alles gehörig regulirt war.

Berlin, 8. Juli. Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung des Reichstanzlers, betreffend die vorläufige Einführung von Eingangszöllen auf Tabak und Tabakfabrikate nach den Beschlüssen der zweiten Lesung des Reichstages.

Fürst Bismarck hat sich bereit, bei Kaffee und Petroleum von der Nachvollkommenheit Gebrauch zu machen, welche das Sperrgesetz der Regierung gewährt. Raum hatte der Reichstag am Sonnabend

die Finanzzölle in zweiter Lesung angenommen, als auch schon die Bekanntmachung unterzeichnet wurde, welche die provisorische Erhebung der erhöhten Sätze für Kaffee und der neuen für Petroleum anordnet. Die Verordnung trägt sogar das Datum des vorgestrigen Tages, also des 5. Juli. Den Zollbehörden ist auf telegraphischem Wege entsprechende Anweisung sofort gegeben worden. Die Preissteigerung im Groß- wie Kleinverehr bei diesen und anderen Waaren wird also nicht mehr auf sich warten lassen.

Bismarck und Windthorst haben in der jetzigen Krisis das Wort. Berichterstatter über die neuen Zölle und Steuern im Reichstag ist Windthorst und dann wird Bismarck selbst das Wort ergreifen, um seine Pläne in das rechte Licht zu setzen, was sehr nöthig scheint, Gute Rechner suchen jetzt schon auszurechnen, wie viel Millionen Profit für Reich und Einzelstaaten bei den neuen Zöllen und Steuern herauskommen. Wir wollen damit warten, bis die dritte Lesung vorüber und die Höhe der Zölle und Steuern endgültig festgesetzt ist. — Was die Ministerkrisis betrifft, so erkennt die ultramontane „Germania“ in Berlin den Kern derselben in der Berufung des Oberpräsidenten von Puttkammer an die Stelle Falk's. Die neuen Minister der Landwirtschaft und Finanzen, Lucius und Bitter, betrachtet sie als einfache Gehülfen des Kanzlers, in Herrn v. Puttkammer dagegen sieht sie einen selbstständigen politischen Character von strengsten conservativen Grundsätzen und ist überzeugt, daß das Cultusministerium unter seiner Leitung den Wünschen der strenggläubigen Protestanten weit entgegen kommen werde. Für die Katholiken hofft sie von ihm weniger, weil die Entscheidung in dem Kulturkampf lediglich beim Reichskanzler selber liege.

Berlin, 9. Juli. In der heutigen Sitzung des Reichstages erfolgte die zweite Berathung des Zolltarifs. Fürst Bismarck greift in die Debatte ein und sagt: Wenn man sich seit 18 Jahren die Aufgabe gestellt hat, die deutsche Einheit zu konsolidiren, so begreift man die Schwierigkeit nicht, die hier einer einfachen wirtschaftlichen Maßregel entgegentritt, einer Maßregel, welche die Mehrzahl der Nation will und die eine unerhörte und verlogene Prebagation nicht wird zu nichte machen können. Das Reich hat alle Hauptfinanzzölle, es kann seine Bedürfnisse nicht decken, ein jeder Versuch, dies Ziel zu erlangen, war bisher stets gescheitert, bis ich selbst den Vorschlag machte, unsere finanziellen Zustände zu bessern. Ich hoffte auf eine leichte Verständigung. Die liberale Partei vernichtete diese Hoffnung; dieselbe machte keinen Gegenvorschlag, sondern begnügte sich mit der reinen Negation, wie die Fortschrittspartei, die ja, ohne die Intentionen der Regierung zu kennen, stets opponirt und die Quelle aller Unruhmigungen ist und war. Ich habe mich für den Franckenstein'schen Antrag entschlossen, nachdem ich gesehen habe, daß ich die Wege, welche die anderen Fraktionen vorschlugen, nicht gehen kann; diese Wege, die wir aus den Debatten über den Petroleumzoll kennen, können die verbündeten Regierungen, kann das Reich nicht gehen, sie sind wenig verschieden von der sozialdemokratischen Richtung, (Lärm und Heiterkeit), welche sie mindestens vorbereiten! Die Annahme, daß ich die Finanzhöhe des Reichs schädige, ist gänzlich aus der Luft gegriffen. Wo ist denn das verfassungsmäßige Einnahmewilligungsrecht des Reichstages erschüttert? Ich verstehe vollkommen die Forderungen nach constitutionellen Garantien, habe aber einen